

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/YK/198

Bonn, den 4. Oktober 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
	<u>Kompletter Bundestag</u>	44
	<u>Nur schnellere Regierungsbildung ?</u>	
2	<u>Die SPD in Bayern nach der Bundestagswahl</u>	51
	<u>CSU wird Opfer ihrer eigenen Propaganda</u>	
3 - 4	<u>Deutsche Studenten bei der Weikernite in Frankreich</u>	83
	<u>Interessante Erfahrungsberichte</u>	
5	<u>Wohin geht Spanien ?</u>	46
	<u>Freunde des spanischen Volkes in Besorgnis</u>	
	<u>Von Eberhard Dingels</u>	

Kompletter Bundestag  
-----

Nun schnellere Regierungsbildung ?

ler - Mit dem Nachvollzug der Bundestagswahl in den Wahlkreisen 135 und 236 (Obertaunus und Schweinfurt) ist über die endgültige Zusammensetzung des Bundestages entschieden worden. Es bleibt bei dem Stärkeverhältnis der Parteien, es ergaben sich im Vergleich zum 19. September keine Verschiebungen im Parlament. Zu ihrer großen Erleichterung konnten die Freien Demokraten ihr 49. Bundestagsmandat (ihr Berliner Mandat nicht mit einbezogen) dank der auf ihrer Liste abgegebenen Zweitstimmen behalten. Viele CDU-Wähler im Obertaunus gaben der FDP ihre zweite Stimme, als Gegenleistung dafür erhielt der CDU-Kandidat die Erststimmen der FDP, wodurch ihm der Einzug in den Bundestag ermöglicht wurde. In der Zahl der Zweitstimmen liegt die SPD in diesem hessischen Wahlkreis weitaus höher als die CDU, beträgt der Unterschied zugunsten der SPD über 2 Prozent, ein Novum bei Bundestagswahlen. Hier hat es wirklich ein Kopf-an-Kopf-Rennen gegeben.

Ist nun der Weg für eine schnellere Regierungsbildung freigegeben? Dufhues, der geschäftsführende Vorsitzende der CDU, sagte die schnellste Regierungsbildung seit 1949 voraus. CDU/CSU und FDP haben es nun in ihrer Hand, den Unsicherheiten und Kombinationsgerüchten ein Ende zu bereiten; der eine Partner kann dem anderen nicht mehr damit drohen, er werde sich gegen ihn mit den Sozialdemokraten verbünden.

Die Große Koalition liegt zunächst nicht auf der Tagesordnung der deutschen Politik. Die Sozialdemokraten stehen gewehr bei Fuß, sie können warten, sie haben nicht die Absicht, sich irgendjemandem aufzudrängen. Gewiß bedeutet es ihr kein Vergnügen, vielmehr Besorgnis, Beobachter eines Schauspiels zu sein, dessen Akteure einander mit Mißtrauen, Eifersüchteleien und sich übersteigenden Machtansprüchen begegnen. Der Begehrlichkeiten gibt es viele...

Die Koalitionsparteien gingen in den Wahlkampf, ohne dem Wähler ein Programm für den künftigen Weg deutscher Politik vorzulegen. Sie beschworen vergangene Leistungen als Legitimation für die Zukunft herauf. Sie empfahlen sich wieder als Koalition, obwohl diese Koalition unter der ersten Kanzlerschaft Erhards das Stigma der Schwäche trug, in sich heillos zerstritten war und Sachentscheidungen aus dem Wege ging. Sie gewannen jedoch die Wahl. Jetzt besinnen sie sich, was sie tun sollen. Was haben sie für die nächsten vier Jahre dem Bundesvolk anzubieten? Darüber herrschen recht verschwommene Vorstellungen.

Die Suche nach einem Regierungsprogramm und der Versuch einer Klärung von Grundfragen deutscher Politik hat nun begonnen - ein erstaunlicher und verwirrender Vorgang, nur erklärbar aus der inneren Verfassung der Koalitionspartner und deren künftiges Verhältnis zueinander.

## Die SPD in Bayern nach der Bundestagswahl

### CSU wird Opfer ihrer eigenen Propaganda

spk - Bescheidenheit ist eine Tugend, die der CSU von jeher fremd war. Das Ergebnis der Bundestagswahlen ließ erwarten, daß nun die Überheblichkeit dieser Partei ins Grenzenlose wachsen werde. In der Münchener Lazarettstraße, der Landeszentrale der CSU, scheint man im Rausch der Siegesfeier übersehen zu haben, daß CDU und CSU zusammen im Bundestag keine absolute Mehrheit haben.

Die CSU droht bei der Einschätzung der politischen Lage in Bayern das Opfer ihrer eigenen Propaganda zu werden. Tatsache ist, daß die CSU ihre absolute Mehrheit in Bayern halten konnte. Der Stimmenanteil der CSU, mit einem Gewinn von 0,6 % muß allerdings im Verhältnis zur Ausgangslage betrachtet werden. Sie beträgt bei der CSU nicht 54,9 %, sondern 58,8 %, da ja durch das Wahlbündnis mit der GDP auch deren Stimmenanteil aus dem Jahre 1961 dazu gerechnet werden muß. Ein Blick auf die Wahlergebnisse der fünf Vertriebenengemeinden zeigt, daß die CSU tatsächlich einen beträchtlichen Anteil der früheren GDP-Wähler gewonnen hat; sie muß deshalb aus ihrer alten Substanz Stimmen verloren haben.

Auf die Gesamtheit der Vertriebenen in Bayern hatte dieses Bündnis allerdings keinen Einfluß, wenn man das gleiche Beispiel zurundelegt: Die SPD erreichte in vier der fünf vorwiegend von Vertriebenen bewohnten Gemeinden jeweils mehr als 40 % der Stimmen. Sie liegt also dort wesentlich über dem Landesdurchschnitt. Übersehen darf ferner nicht werden, daß die SPD in Bayern (ohne Wahlkreis Schweinfurt) 277.673 Stimmen gewinnen konnte, die CSU hingegen nur 123.009. Die GDP hatte bei den letzten Bundestagswahlen in Bayern 216.160 Stimmen. Die CSU hat dazu einen Abgeordnetensitz verloren, während die SPD in Bayern zwei Sitze gewonnen hat. Direktmandate hat nun die CSU sechs weniger, die SPD jedoch drei mehr. Nach der Umrechnung der Bundestagswahlergebnisse von 1961 auf die neue Wahlkreiseinteilung verlor die CSU die Direktmandate in München-West, Nürnberg-Nord und Coburg. In München-West und Nürnberg-Nord lag nach den Ergebnissen vor vier Jahren die SPD um jeweils 3.000 Stimmen hinter der CSU, in Coburg um 78 Stimmen.

In den nächsten Wochen werden sich die Bezirksvorstände der SPD in Bayern und der Landesvorstand mit der gründlichen Analyse der Wahlergebnisse beschäftigen. Eine grobe Übersicht ergibt, daß die SPD zwar in allen bayerischen Bundestagswahlkreisen Gewinne erzielen konnte, die jedoch unterschiedlich gewesen sind. Unter den sieben Regierungsbezirken erzielte die SPD in Niederbayern mit 3,7 % die größte Zuwachsrate, während sie in der Oberpfalz mit 2,5 % am niedrigsten war. In Niederbayern lagen die Gewinne der SPD in zwei Drittel der Landkreise über dem Landesdurchschnitt, in der Hälfte der 18 niederbayerischen Landkreise gewann die SPD sogar mehr als vier Prozent. Über dem Landesdurchschnitt liegen auch die Gewinne der SPD in den drei größten Städten Bayerns.

Die SPD in Bayern feiert dieses Wahlergebnis keinesfalls als strahlenden Sieg, aber sie hat auch keinerlei Grund zur Resignation. Die Aufwärtsentwicklung der SPD ist zwar nicht in dem Maße eingetreten, wie es sich viele erhofft hatten, aber sie hat sich weiter beschleunigt. Die SPD ist davon überzeugt, auch in Bayern auf dem richtigen Weg zu sein; sie wird ihn konsequent weitergehen.

## Deutsche Studenten bei der Weinernte in Frankreich

### Interessante Erfahrungsberichte

xx - Das Deutsch-Französische Jugendwerk wird allgemein als das bisher positivste Ergebnis des von Adenauer und de Gaulle abgeschlossenen Freundschaftsvertrages bezeichnet. Im Rahmen der Jugendarbeit beider Länder sind seit 1963 zahlreiche Begegnungen von jungen Franzosen und Deutschen in Frankreich und Deutschland organisiert worden. Leider überwiegt immer noch die Zahl der jungen Deutschen, die nach Frankreich reisen, jene ihrer französischen Altersgenossen, die sich zum Studium in ein Ferienlager oder als Lehrlinge eines Betriebes nach Deutschland begeben. Auf französischer Seite wurde jetzt versichert, daß man sich bemühen werde, ein ausgeglichenes Verhältnis der Jugendbegegnungen herbeizuführen.

Sehr interessant sind die von jungen Menschen gewonnenen Eindrücke, die sie von einem Aufenthalt im Nachbarland wiedergeben. Der Allgemeine Studentenausschuß (ASTA), München, vermittelte 1964 in Zusammenarbeit mit der Zentralstelle für Arbeitsvermittlung, Frankfurt, und mit finanzieller Unterstützung des Deutsch-Französischen Jugendwerkes rund 120 deutsche Studenten als Helfer nach Südfrankreich. In diesem Jahr soll die Aktion wiederholt werden. Bisher liegen 250 Anmeldungen vor.

Aus den zahlreichen Teilnehmerberichten, die dem Deutsch-Französischen Jugendwerk vorliegen, sollen im folgenden einige zitiert werden, die geeignet sind, einen Eindruck von dieser Art studentischer Ferienarbeit zu vermitteln.

Eine typische Arbeitssituation kommt in dem Bericht von Dieter H. zum Ausdruck:

"Bei 'Château Bounet' handelt es sich um einen der größten Weinernteplätze Frankreichs. Daher erklärt es sich, daß der Chef des Unternehmens, M. Lurton, Jahr für Jahr eine große Zahl von Hilfskräften benötigt, die die Weinernte besorgen. Diese Hilfskräfte rekrutieren sich außer einer vergleichsweise geringen Zahl von Einheimischen, darunter natürlich auch sehr viel Landjugend, aus Studenten und Studentinnen, Gymnasiasten und Gymnasiastinnen von Schulen und Hochschulen ganz Frankreichs. Außer mir waren auch noch einige deutsche Studenten und Studentinnen dort, meist solche, die Französisch studierten und so ihre Sprachkenntnisse erweitern wollten, wozu auf 'Château Bounet' vorzüglich Gelegenheit gegeben war."

Daß die Arbeit kein reines Vergnügen ist, kommt in den meisten Berichten zum Ausdruck. Aber fast alle Teilnehmer haben eine durchaus positive Einstellung dazu gefunden.

Gerhard S.: "Die Arbeit war sehr hart, besonders für einen Ungewohnten. Durch das dauernde Bücken tat mir der Rücken so weh, daß ich mich kaum aufrichten konnte und am Abend nicht schlafen konnte. Ich glaube, ich habe diese Tage, besonders die ersten, nur mit Rücksicht auf mein nationales und persönliches Prestige durchgehalten. Die Leute dort, besonders mein Brötchengeber, waren sehr nett und um mich wirklich besorgt. Es waren durchweg prächtige Menschen."

Dieter S.: "Die Arbeit selbst war, abgesehen von den ersten zwei Tagen, nicht sehr anstrengend. Die Zeit vergeht wie im Fluge, da man sich während der Arbeit viel unterhält. In der Weinernte kommen immer die Verwandten und Nachbarn und helfen alle mit. Oft waren wir 10 bis 12 Mann, und wir hatten nie Mangel an Gesprächsstoff."

Freilich war die Arbeit letzten Endes nur Mittel zum Zweck; Sinn des Aufenthaltes war es ja, aus eigener Anschauung Land und Leute kennenzulernen, Erfahrungen zu gewinnen und Kontakte zu bekommen. Auch in dieser Hinsicht sind die meisten Erfahrungen positiv.

Dieter S.: "Nachdem die Weinernte zu Ende war, hatten uns die Bauern noch eingeladen, länger zu bleiben. Sie hatten uns wirklich ins Herz geschlossen. Zwei Tage noch blieben wir bei ihnen und halfen dem Bauern bei seiner abwechslungsreichen Tätigkeit. (Er ist auch Jäger). Wir stehen auch weiterhin mit der Familie in brieflicher Verbindung, so daß wir mit dem Termin keine Schwierigkeiten haben werden."

Helmut W.: "Ich konnte auf diese Weise die französische Landschaft und vor allem die Leute, ihre Arbeit und Probleme näher kennenlernen und besser verstehen. Während der Arbeit bietet sich viele Gelegenheiten, sich mit den Leuten zu unterhalten."

Helmut E.: "Man erfuhr aus erster Hand, mit welchen Schwierigkeiten die Landwirtschaft zu rechnen hat, und man hat das unguete Gefühl, daß der französische Bauer mit weniger Gewinn auskommen muß als sein deutscher Kollege."

Daß die Unterkunft im allgemeinen einfach war, wurde von den meisten Teilnehmern als selbstverständlich hingenommen; die Verpflegung wurde allgemein als sehr gut gerühmt. Die beiden folgenden Zitate stellen weitgehend die Durchschnittseinstellung der Teilnehmer dar:

Christoph E.: "Alles in allem kann ich abschließend sagen, daß die Fahrt, die Begegnung mit einem fremden Volk und seinen Bräuchen sehr lohnend und sehr interessant waren, und ich kann sie nur jedem empfehlen."

Helmut W.: "Im ganzen ist die Aktion "Ferienarbeit in Frankreich" nur zu begrüßen, und ich kann jedem empfehlen, mitzumachen. Wer im nächsten Jahr mitmacht und nicht nur auf einen angenehmen Ferienaufenthalt hofft, sondern auch ein bißchen arbeiten will, der wird aus dieser Aktion bestimmt einen Nutzen ziehen."

## Wohin geht Spanien?

### Freunde des spanischen Volkes in Besorgnis

E.D. - Die jüngsten Vorkommnisse in Spanien erfüllen den west-europäischen Betrachter mit großer Sorge. Die Entfernung mehrerer spanischer Professoren aus ihren Hochschulämtern und die Verhaftung einiger Gewerkschaftsvertreter in Madrid haben erneut erkennen lassen, daß die Versuche gewisser Gruppen, das spanische System in einem wenn auch nicht schnellen Tempo und mit vielen Einschränkungen zu liberalisieren, auf große Schwierigkeiten gestoßen sind.

Der spanische Staatschef Franco hat das demokratische Aufbegehren weiter Schichten des spanischen Volkes mit der gewohnten Polizeihand unterdrücken lassen.

Natürlich muß auch er sich im klaren darüber sein, daß auf lange Sicht hin die Entwicklung im Lande auf eine freiheitlichere Ausgestaltung des politischen und wirtschaftlichen Lebens unaufhaltsam fortschreitet. Nur, und eben das erfüllt die Freunde des spanischen Volkes mit Besorgnis, der Zeitraum und die Beschleunigung der Transformation der starren autoritären spanischen Gesellschaft sind nicht breit genug angelegt und zu langsam. Das Franco-Regime, das sich aus sehr verständlichen wirtschaftlichen Interessen her bemüht, Anschluß an das freie Westeuropa zu gewinnen, kann zwar den jetzigen Zustand noch eine Weile andauern lassen, beschwört aber gleichzeitig damit nicht berechenbare politische und soziale Eruptionen für die Zukunft. Außerdem werden die Verantwortlichen in Madrid erkennen müssen, daß die europäischen Nachbarvölker Spaniens, die sich um gute Beziehungen mit Spanien bemühen, sich so lange einer Aufnahme Madrids in die bestehenden übernationalen Institutionen des europäischen Zusammenschlusses widersetzen werden, solange die Polizeimethoden des Franco-Regimes die gültigen Regeln des politischen Zusammenlebens im Lande selbst sind. Man muß mit aller Deutlichkeit der derzeitigen spanischen Regierung sagen, daß jede Ankündigung einer Lockerung oder Milderung bestimmter Richtlinien vom europäischen Ausland mit Mißtrauen betrachtet wird, wenn gleichzeitig Professoren und Gewerkschaftler verfolgt werden.

Die europäische Demokratie kennt keine geistige und politische Zusammenarbeit mit dem Totalitarismus. Diese europäische Demokratie sollte darum auch nicht bereit sein, einem Regime Verständnis entgegenzubringen, das seine eigenen Ankündigungen durch die Taten Lügen straft.

Nach wie vor setzt die freie Welt alle Hoffnung auf das spanische Volk. Sie weiß, daß die junge Generation im Lande die Zusammenarbeit mit Europa will. Und dies ist unabhängig von den politischen Vorstellungen, zu denen sich die jungen Menschen bekennen oder den Berufen, in denen sie arbeiten. In den Büros von Madrid, in den Fabriken und den Universitäten, in den Schulen - überall ringen Spanier Franco Zugeständnisse ab. Wir sollten ihrer Kampf nicht dadurch erschweren, daß wir leichtfertig auf die Versprechungen der Regierung in Madrid hineinfallen.

Europa braucht Spanien. Dieses Spanien aber muß ein freies Land sein.